



# SOZIALSTAAT VERTEIDIGEN – ARMUT ABSCHAFFEN

Unter dem Motto „Der Armut endlich den Kampf ansagen!“ machte das Bündnis „AufRecht bestehen“ mit einer bundesweiten dezentralen Aktionswoche Ende Oktober auf den Skandal der Verarmung immer größerer Bevölkerungsteile aufmerksam und rief zur Gegenwehr auf.

Zum Bündnis gehören die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Tacheles e. V. und zahlreiche weitere Erwerbsloseninitiativen. In Freiburg wollte sich der Erwerbslosenausschuss von ver.di Südbaden Schwarzwald gemeinsam mit SozialberaterInnen von Friga e. V. und Goethe2 und dem Bettlerchor mit einem Infostand an der Aktionswoche beteiligen, was wegen anhaltenden Regens leider ins Wasser fiel.

Ein Fünftel der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist arm oder „armutsgefährdet“, Kinder und Jugendliche betrifft dies sogar zu einem Viertel. Rund 7,5 Millionen Beschäftigte hängen im Niedriglohnsektor fest und offiziell 19 Prozent der RentnerInnen sind von Altersarmut betroffen. Die Inflation hat sich inzwischen zwar abgeschwächt, die Preise insbesondere für Lebensmittel und Energie bleiben jedoch auf einem extrem hohen Niveau. Anstatt dieser skandalösen Situation mit geeigneten sozialpolitischen Maßnahmen zu begegnen, hat die Bundesregierung mit ihrem Haushaltsentwurf für 2024 einen Generalangriff auf die Fundamente der sozialstaatlichen Errungenschaften eingeleitet.

Während ein Fünftel aller geplanten staatlichen Ausgaben in Rüstung und Militär fließen soll, ist insbesondere der Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich von enormen Kürzungen und Einsparungen betroffen.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass es für immer mehr Menschen hinten und vorne nicht zum Leben reicht und wir wollen den Angriff auf den Sozialstaat nicht unwidersprochen hinnehmen.

Folgende Forderungen stellt das Bündnis:

- Rücknahme aller aktuellen Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich
- Sofortige Erhöhung der Grundsicherungsleistungen für alle hier Lebenden und Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten sowie der Kosten für Energie in voller Höhe
- Eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder und Jugendliche wirksam aus der Armut holt
- Deutliche Erhöhung des Mindestlohns und eine armutsfeste Mindestrente
- Ausgrenzung und Diskriminierung verhindern: Migrationsberatung ausbauen statt kürzen
- Ausbau der Daseinsvorsorge statt Kürzung und Privatisierung
- Förderung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums, insbesondere von Sozialwohnungen, und einen wirksamen Mietenzwang
- Krankenhausschließungen verhindern – stattdessen Rekommunalisierung von Kranken- und Pflegeeinrichtungen

Diese vom Bündnis „AufRecht bestehen“ formulierten Forderungen dürften auf breite Zustimmung treffen. Auch die Sozialverbände schlagen längst Alarm und weisen auf die verheerenden Folgen der geplanten Kürzungspolitik hin. Die Bundesregierung und besonders der Finanzminister treiben die Verarmung und Spaltung der Gesellschaft vehement voran. Mit den Folgen dieser Sparpolitik müssen dann die Kommunen, sozialen Einrichtungen und all die Vereine mit ihren ehrenamtlichen HelferInnen zurechtkommen und irgendwie die Versorgungslücken schließen, die durch bundespolitische Versäumnisse entstehen. Höchste Zeit, sich einzumischen und auf die Barrikaden zu gehen!

utasch